

# Istanbul-Konvention: Kreistag stärkt Gewaltschutz für Frauen - dauerhaft

**Kreis Recklinghausen.** Der Kreistag Recklinghausen hat zwei halbe Stellen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen jetzt dauerhaft eingerichtet. Nur die AfD stimmte dagegen.

Der Kreistag Recklinghausen hat in seiner jüngsten Sitzung (1.12.) in der Stadthalle Oer-Erkenschwick mit breiter Mehrheit einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zugesagt.

Damit werden zwei bislang befristete halbe Stellen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen dauerhaft eingerichtet. Die Stellen sind bei den Frauenberatungsstellen in Marl und Recklinghausen angesiedelt.

Die SPD begründete ihren Antrag damit, dass die „Koordinierungsstelle Gewaltschutz für Frauen und Mädchen“ seit ihrer Einführung 2021 ein tragfähiges Netz-

werk zwischen Beratungsstellen, Frauenhäusern, Polizei, Jugendämtern, Gesundheitswesen und weiteren Akteuren aufgebaut habe. Die Mitarbeiterinnen koordinieren demnach Hilfsangebote, organisieren Präventionsmaßnahmen und tragen zur öffentlichen Aufklärung über Gewaltformen bei. Laut Antrag sind diese Aufgaben dauerhaft notwendig und können nicht im Rahmen befristeter Projekte geleistet werden.

## Häusliche Gewalt nimmt zu

Hintergrund des Antrags ist auch die Istanbul-Konvention, die Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, Strukturen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt vorzuhalten. Sie verpflichtet „alle staatlichen Ebenen - nationale, regionale und lokale Behörden - umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt gegen Frauen vorzubeugen, Betrof-



Um Frauen besser vor Gewalt zu schützen (Symbolbild), hat der Recklinghäuser Kreistag zwei entsprechende Stellen in der Frauenberatung dauerhaft eingerichtet.

FOTO PICTURE ALLIANCE/DPA (ARCHIV)

fene zu schützen und Täter zur Verantwortung zu ziehen“. Zudem verweist die SPD auf steigende Fallzahlen etwa häuslicher Gewalt - bundesweit wie auch im Kreis Recklinghausen. Die Verstetigung der Stellen sollte zudem verhindern, dass fachlich eingearbeitetes Personal den Kreis aus Unsicherheit über die Zukunft der Arbeits-

verträge verlässt.

Dem Antrag stimmten alle im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppen zu. Ausnahme: die AfD. Deren Fraktionschef Steffen Christ kritisierte, dass die Ursachen des Problems auf dem Tisch liegen, aber nicht benannt würden: „Es wird drumherum geredet“, sagte Christ und brachte etwa Femizide mit

einem „bestimmten Milieu“ in Verbindung.

Dem entgegnet auf Nachfrage dieser Redaktion die Leiterin der Frauenberatungsstelle Recklinghausen, Manuela Sabozin-Oberem, dass es sich bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen „ganz klar um ein gesellschaftliches Problem handelt, das sich durch alle Strukturen und soziale Milieus zieht“. Die Expertinnen erlebten beispielsweise auch nicht, dass der Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund in der Beratung heute größer sei als früher. Nur eben, dass das Problem insgesamt an Bedeutung gewinne.

Davon abgesehen sei es aber „ganz wunderbar“, dass sich der Kreistag für die Verstetigung der Stellen von Anna Weber (Recklinghausen) und Kira Dreffke (Marl) entschieden habe. „Denn die beiden haben schon jede Menge angestoßen und auch umgesetzt.“ mge